

K-3-1 | Öffentliche Sicherheit

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.03.2021
Tagesordnungspunkt: 4. Das Programm zur Landtagswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Sachsen- Anhalt

Text

3276 | Öffentliche Sicherheit

3277

3278 Personaloffensive fortsetzen und Ausstattung der Polizei

3279 verbessern

3280 Die Polizei kann ihrem anspruchsvollen Auftrag als Hüterin des sozialen Friedens
3281 für alle Menschen in Sachsen-Anhalt nur gerecht werden, wenn sie über eine
3282 angemessene Ausstattung und das notwendige vielfältig qualifizierte Personal
3283 verfügt.

3284

3285 Wir setzen uns weiter für eine spürbare Erhöhung des Personals auf der Straße
3286 und in der Kriminalpolizei ein. Erstmals seit 2011 ist unter grüner
3287 Regierungsbeteiligung die Anzahl aktiver Polizeivollzugsbeamt*innen wieder
3288 gestiegen. Hier arbeiten wir weiter. Wir streben eine Zahl von 7.000
3289 Polizeivollzugsbeamt*innen bis 2026 an

3290

3291 Polizist*innen wollen wir von administrativen Aufgaben entlasten und ihnen damit
3292 auch mehr Zeit für direkten Kontakt mit den Bürger*innen geben. Dafür stärken
3293 wir die Polizeiverwaltung personell.

3294

3295 In der Landeshauptstadt Magdeburg und in Halle (Saale) wollen wir die
3296 polizeilichen Strukturen vor Ort um eine Fahrradstaffel ergänzen, die nah an den
3297 Bürger*innen für polizeiliche Präsenz sorgt.

3298

3299 Den Beförderungsstau bei der Landespolizei wollen wir auflösen und ausreichend
3300 Beförderungsmittel im Haushalt bereitstellen, um anstehende Beförderungen auch
3301 tatsächlich durchführen zu können. Wer höherwertige Dienstposten ausfüllt, muss
3302 entsprechend bezahlt werden.

3303

3304 Im Wettbewerb um die besten Köpfe muss das Land alle Möglichkeiten ausschöpfen.
3305 qualifiziertes Personal für die Landespolizei zu gewinnen. Dazu gehört, die
3306 Polizei noch stärker für vielfältige Herkünfte und Lebensentwürfe zu öffnen und
3307 als Arbeitgeber attraktiv zu machen. Wir wollen mehr Frauen, Menschen mit
3308 Migrationsgeschichte und Quereinsteiger*innen für den Polizeidienst gewinnen.
3309 Dafür sind auch die bestehenden Arbeitszeitmodelle zu modernisieren. Für
3310 dringend benötigte Spezialist*innen, etwa im IT-Bereich, muss es auch
3311 finanziellen Spielraum oberhalb des Tarifvertrags der Länder geben.

3312

3313 Die Aus- und Weiterbildung an der FH Polizei in Aschersleben wollen wir mit
3314 interdisziplinären Ansätzen, Möglichkeiten für Praktika und Hospitationen
3315 außerhalb der Polizei und mehr Kooperationen in der regionalen

3316 Hochschullandschaft ebenso stärken wie die Autonomie der Hochschule, um
3317 Forschung auch jenseits des Verantwortungsbereiches des Ministeriums für Inneres
3318 und Sport zu ermöglichen.

3319 Strafverfolgungsbehörden und Polizei für das digitale Zeitalter rüsten

3320 Anlasslose Massenüberwachung erhöht die Sicherheit nicht, denn sie bindet
3321 dringend notwendige Kapazitäten bei Polizei und Justiz und stellt eine
3322 zusätzliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung der Bürger*innen
3323 dar. Wir wollen stattdessen Strafverfolgungsbehörden und Polizei personell und
3324 organisatorisch für das digitale Zeitalter rüsten. Strafverfolger*innen müssen
3325 personell und technisch so ausgestattet und ausgebildet sein, dass sie geltendes
3326 Recht überall und zielgerichtet durchsetzen können, egal ob online oder offline.

3327

3328 Wir setzen uns dafür ein, dass Polizist*innen direkt vom Einsatzort alle
3329 notwendigen Dokumentationsarbeiten erledigen können. Dafür muss die polizeiliche
3330 IT-Infrastruktur umfassend ertüchtigt werden. Einsatz- und Führungsmittel wollen
3331 wir weiter modernisieren.

3332 Polizeiliche Datenbanken müssen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit überprüft und
3333 Löschfristen eingehalten werden. Eine Ausweitung der sogenannten Quellen-
3334 Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ) lehnen wir ab. Die
3335 Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen und Einsatz von
3336 Gesichtserkennungssoftware im öffentlichen Raum sind unverhältnismäßige
3337 Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung.

3338 Massenüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir ab. Verhindern lassen sich
3339 (terroristische) Straftaten mit Videoüberwachung nicht. Eine Totalüberwachung
3340 des öffentlichen Raums vom Marktplatz bis zum Bierzelt bleibt für uns mit den
3341 Freiheits- und Selbstbestimmungsgrundsätzen des Grundgesetzes unvereinbar. Wo
3342 Videoüberwachung stattfindet, setzen wir darauf, dass diese direkt durch die
3343 Polizei eingesehen wird, um Straftaten nicht nur dokumentieren zu können,
3344 sondern unmittelbare Hilfeleistung, Fahndung und Aufklärung zu ermöglichen.

3345

3346 Eine erfolgreiche Sicherheitspolitik stützt sich auf wissenschaftliche
3347 Erkenntnis. Wir lehnen es ab, nach Gewalttaten die Sicherheitsgesetze reflexhaft
3348 zu verschärfen. Unser Ziel ist, Straftaten mit Prävention zu verhindern. Daran
3349 wollen wir unsere Sicherheitsarchitektur ausrichten. Neue Befugnisse für
3350 Sicherheitsbehörden erhalten auch deshalb mit uns ein Verfallsdatum, bevor über
3351 ihre dauerhafte Einführung beschlossen wird.

3352 Demokratische Kultur bei der Polizei stärken

3353 In den Polizeien in ganz Deutschland sind in den vergangenen Jahren
3354 besorgniserregende Vorkommnisse mit rechtsradikalen, rassistischen,
3355 antisemitischen, allgemein menschenfeindlichen oder antidemokratischen
3356 Hintergründen bekannt geworden. Dies wiegt schwer, denn die Polizei hat eine
3357 besondere Stellung im demokratischen Rechtsstaat.

3358 Wir gehen fest davon aus, dass die überragende Mehrheit der Polizist*innen in
3359 Deutschland und Sachsen-Anhalt die Werte des Grundgesetzes verinnerlicht und
3360 ihren Eid aus Überzeugung geleistet hat. Die bekannt gewordenen Vorfälle sind
3361 ein Warnsignal, das ernst genommen werden muss. Es ist notwendig zu wissen, wie
3362 weit menschen- und demokratiefeindliche Einstellungsmuster innerhalb der Polizei

3363 verbreitet sind. Wir wollen, dass das Land Sachsen-Anhalt sich an einer
3364 unabhängigen wissenschaftlichen Studie beteiligt, die fortlaufende Erkenntnisse
3365 zu Einstellungsmustern der sachsen-anhaltischen Beamt*innen liefert, um
3366 antidemokratischen Tendenzen wirksam entgegensteuern zu können. Demokratie- und
3367 menschenfeindliche Vorkommnisse in den Sicherheitsbehörden erfassen wir in einer
3368 fortlaufenden Statistik.

3369 In der Polizeiausbildung wollen wir die demokratische politische Bildung weiter
3370 stärken. An die Stelle einer hermetisch abgeschlossenen Cop-Culture muss eine
3371 Kultur der inneren Führung treten, in der es selbstverständlich ist, Fehler
3372 offen zu analysieren Missständen in den eigenen Reihen entgegenzuwirken.

3373 Polizeibeauftragte*r und Whistleblower*innen-Regelung

3374 Zu einem souveränen Staat gehört eine funktionierende Fehlerkultur: Die
3375 staatlichen Vertreter*innen sind ansprechbar, reflektieren und handeln mit
3376 offenem Visier. Sie begründen ihr Handeln nachvollziehbar und setzen sich
3377 transparent mit den Argumenten anderer auseinander.

3378

3379 Eine gute Polizei braucht unabhängige und demokratische Kontrolle. Dass
3380 Missstände innerhalb der Sicherheitsbehörden vor allem durch anonyme Hinweise
3381 ans Tageslicht kommen, zeigt, dass die bestehenden Mechanismen interner
3382 Kontrolle noch unzureichend sind. Hier wollen wir eine neue Kultur der
3383 Transparenz etablieren. Wir wollen gesetzlich sicherstellen, dass
3384 Hinweisgeber*innen (Whistleblower*innen) vor Repressionen geschützt werden, wenn
3385 sie Missstände gegenüber den Kontrollinstanzen ans Tageslicht bringen.

3386 Zur Stärkung von Rechtsstaat und Polizei wollen wir die bisher beim Ministerium
3387 für Inneres und Sport angesiedelte Beschwerdestelle zu eine*m unabhängige*n
3388 Polizeibeauftragte*n weiterentwickeln, an den*die sich Polizist*innen
3389 vertraulich und ohne Beachtung des Dienstwegs wenden können. Der oder die
3390 Polizeibeauftragte ist zudem Ansprechperson für alle Bürger*innen.

3391 Perspektive von Betroffenen stärken

3392 Die Polizei arbeitet im Regelfall täterzentriert. Wir wollen die Perspektive der
3393 Opfer und Betroffenen von Straftaten im polizeilichen Alltag stärken und ihre
3394 Bedürfnisse in den Fokus rücken. Wir setzen zudem auf einen beständigen Dialog
3395 zwischen Polizei und Zivilgesellschaft und eine interkulturelle Öffnung der
3396 Polizei. Wir etablieren Formate, in denen diese Dialoge stattfinden können.

3397 Racial Profiling verbieten

3398 Die Bundesrepublik ist von internationalen Organisationen immer wieder für einen
3399 Mangel in der Bekämpfung rassistischer Diskriminierung und für Racial Profiling
3400 bei polizeilichen Kontrollen kritisiert worden. Wir wollen Racial Profiling
3401 gesetzlich verbieten. Zudem schaffen wir eine Möglichkeit für alle Personen, die
3402 von der Polizei kontrolliert werden, eine Quittung über die Kontrolle zu
3403 erhalten.

3404 Feuerwehr, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen stark machen

3405 Ein sicheres Sachsen-Anhalt wird auch durch die vielen Haupt- und Ehrenamtlichen
3406 in den Feuerwehren, Rettungsdiensten und Hilfsorganisationen getragen. Wir
3407 unterstützen die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Brandschutz, bei

3408 der Modernisierung und Beschaffung ihrer Ausstattung sowie durch gute Aus- und
3409 Fortbildungsmöglichkeiten. Wir wollen mehr Menschen für ehrenamtliches
3410 Engagement in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen begeistern.

3411 Neugründung des Verfassungsschutzes

3412 Die überkommenen Strukturen des Verfassungsschutzes sind reformbedürftig. Unter
3413 bündnisgrüner Beteiligung sind wichtige Schritte bei der Reform der
3414 Verfassungsschutzbehörde in Sachsen-Anhalt auf den Weg gebracht worden.
3415 Transparenz und parlamentarische Kontrolle wurden gestärkt, gesetzliche Regeln
3416 für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel wie V-Leute geschaffen. Eine
3417 Erweiterung der Befugnisse der Behörde lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die
3418 Neugründung des Verfassungsschutzes in Form einer verkleinerten Behörde, die
3419 nachrichtendienstliche Mittel anwendet. Ihr zur Seite stehen soll zukünftig eine
3420 unabhängige Stelle zur wissenschaftlichen Analyse von Gefahren für Demokratie
3421 und Rechtsstaatlichkeit.

3422 Konsequenter Kampf gegen islamistische Gefährder*innen

3423 Wir Grüne lehnen jegliche islamistische Bestrebung konsequent ab. Islamist*innen
3424 bekämpfen unsere liberale Gesellschaft und unsere freiheitlich-demokratische
3425 Grundordnung. Die islamistischen Attentate in Deutschland und Europa haben
3426 gezeigt, dass vom gewaltbereiten Islamismus weiterhin eine große Gefahr ausgeht.
3427 Die Sicherheitsbehörden wollen wir daher in die Lage versetzen, konsequent gegen
3428 islamistische Gefährder*innen vorgehen zu können. Im Fall eines besonders hohen
3429 Gefährdungspotentials muss eine engmaschige Überwachung sichergestellt werden.
3430 Als ultima ratio sollen bei Vorliegen der rechtsstaatlich gebotenen
3431 Voraussetzungen auch Abschiebungen nicht ausgeschlossen werden.